

# Kommentar

**Thomas Jäkle**

## Abkupfern gehört zum guten Ton



Fragen Sie Ihren Vater einmal, was er so alles auf seinem PC gespeichert hat. Lieber nicht? Und umgekehrt? Auch nicht? Vielleicht ein bisschen Musik und Filme auf dem Rechner, illegal via Breitband-Internet, zu Hause oder eher noch beim Arbeitgeber aus dem Internet runtergesaugt? Dort ist es ja noch billiger, sprich: gratis und geht schneller. Andere wiederum haben dafür Schaltpläne und Business-Pläne gespeichert, Kopien von Dokumenten, die wie durch die Hand Gottes vom Rechner ihres vorigen Arbeitgebers auf ihren PC geführt wurden.

Die Gentlemen sind sich einig. Genauso wie die Computer Kids: Was im Internet steht, gehört allen, ist kostenlos. Common Sense. Copyright ist etwas, auf das gepfiffen wird. Es wird im Internet geklaut, was man sich krallen kann. Und nicht nur dort. Auch außerhalb wird munter kopiert und abgekupfert. Was aber schon seit Jahrhunderten passiert. Und nicht nur in China Tradition hat. Wenn aber chinesische und koreanische Autokonzerne Limousinen bauen, die sich von europäischen Automodellen nur noch unterscheiden, weil statt vier Kreisen nur drei Ringerln den Kühlergrill zieren, dann ist die Aufregung in Europa groß. Schnell spricht man von Arbeitsplatzvernichtung, von volkswirtschaftlichem Schaden, von Konzeptklau. Was sogar stimmen mag. Doch war es nicht schon immer so, dass der Innovator, egal ob in den USA, China oder Europa, das Nachsehen hatte, weil andere das Original besser, billiger und schneller produziert haben? Wer selbst abkupfert, sollte nicht voreilig über die vife Konkurrenz urteilen. Vielleicht sind andere derzeit beweglicher, sogar neugieriger. Der Spieß ist nämlich schnell umgedreht. Bestimmte Autobauer in Europa sollen ja einiges aus Fernost abgekupfert haben. Und wer abkupfert und nachbaut, ist nur dann erfolgreich, wenn er sein Produkt auch weiterentwickelt.

**Klaus Lackner**

## Das Geld der braven Bürger



Ende vergangenen Jahres hat die EU-Kommission die umstrittenen Vorschläge zur Speicherung der Verbindungsdaten beschlossen. Seitdem geht ein Raunen durch die Welt der Telekommunikations- und Internet-Anbieter. Tausende Terabyte an Daten, was dem Datensatz von Bibliotheken entspricht, müssten zwischen einem halben und vier Jahren gespeichert werden. Bezahlt werden soll der technische Aufwand vom Steuerzahler und/oder Konsumenten. Handelt es sich dabei nicht um die gleichen Personen? Und wofür werden die Daten eigentlich gebraucht?

Kriminelle Profis von heute wissen sich zu wehren. Oder sollen etwa die viel zitierten braven Bürger durchleuchtet werden? Offiziell dürften diese Daten natürlich nur im Notfall oder nach richterlichem Beschluss analysiert werden. Eine Garantie und wie die Gesetzeslage sich weiterentwickeln wird, gibt es nicht. Doch zurück zu unseren Strizzis (wienerisch für ein Subjekt, das sich am Rande oder außerhalb der Legalität bewegt), die sich mit Wertkartenhandys und E-Mail-Adressen diverser Außer-EU-Provider bewaffnen und damit aus der Reichweite jeglicher Verbindungsdatenaufzeichnung hieven. Das Ganze noch etwas verschlüsselt – und selbst der US-Auslandsgeheimdienst NSA würde so seine Schwierigkeiten haben, hinter eine Strizzi-Identität zu kommen. Doch Strizzi ist gleichzeitig mit Kleinkriminalität verbunden. Bei den wahrlich Großen der Unterwelt ist die technische Aufrüstung ein laufender Wettbewerb mit den Geheimdiensten. Alles nur eine Frage des Budgets. Budgets, die Telekom- und Internet Provider nicht haben und der Sparmeisterstaat Österreich schon lange nicht. Der „Kalte Techno-Krieg“ zwischen gut und böse fängt nicht erst an, er hat schon längst begonnen. Und zahlen dürfen wir, die braven Bürger, die schon nervöse Zuckungen bei den eigenen Handy-Rechnungen bekommen.

## Missbrauchte Gremien

Von wegen vereintes Europa: Bei der Telekomüberwachung fährt die Union geradewegs in die Sackgasse. Ohne einen Konsens. Bestimmte nationale Interessen wurden über die EU-Gremien durchgeboxt.

**Erich Moechel**

EU-weit müssen beginnend mit 2006 die nationalen Datenschutzgesetze der neuen Richtlinie zur verpflichtenden Speicherung von Verkehrsdaten aus Telefonnetzen und Internet (Data Retention) „angepasst“ werden. In Staaten mit vergleichsweise starken Datenschutzgesetzen wie Österreich stehen einschneidende Änderungen bevor. Was Telekom- und Internet Providern bis jetzt gesetzlich verboten war – die Speicherung personenbezogener Kommunikationsdaten ohne konkreten Anlass – wird nunmehr für sie gesetzliche Pflicht.

Die landesübliche Raunerei über „die in Brüssel“ kann man sich freilich sparen. Wie so oft wurde auch diesmal die EU für die Durchsetzung nationaler Interessen einiger weniger Staaten missbraucht.

„Bedanken“ kann man sich etwa bei den Regierungen Frankreichs, Irlands und Schwedens, die – explizit gegen den Wortlaut der EU-Datenschutzrichtlinie von 1997 – die verpflichtende Speicherung von Verkehrsdaten bereits davor in Gesetzen festgeschrieben haben. Die britische Regierung wiederum, unter deren Ratspräsidentschaft die Richtlinie in Rekordzeit durchgepeitscht wurde, hat die EU dazu benutzt, um Überwachungsbegehren, die im eigenen Parlament eben keine Mehrheit gefunden hatten, über Brüssel einzuführen.

EU-Kommission und Parlament ist es zu verdanken, dass zumindest die technisch unsinnigsten Forderungen des Rats der Innen- und Justizminister gestrichen wurden. Bis zuletzt hatten die Ratsarbeitsgruppen die Überwachung von Internet Chat enthalten, ohne zu spezifizieren, was darunter zu verstehen ist. Wer nur eine ungefähre Ahnung hat, dass es neben auf Web basierenden Chats etliche andere Formen gibt, weiß, dass dieser Forderung nur mit flächendeckender Protokollierung des gesamten Internet-Verkehrs nachzukommen ist. Die ursprüngliche Forderung der „Rats-Experten“, die Briefköpfe (Header) aller ein- und ausgehenden E-Mails zu speichern, mutet wiederum in Zeiten eines Spam-Aufkommens von gut drei Vierteln aller E-Mails nachgerade geisteskrank an.

### Fauler Kompromiss

Kaum weniger blödsinnig ist der in der Endfassung der Richtlinie festgeschriebene „Kompromiss“, dass nunmehr jedes An-/Abmelden eines Kunden beim Mail Server des Internet Providers aufzuzeichnen ist. Mit ziemlichem Aufwand müssen nun Daten erhoben werden, die (nicht nur) für Strafverfolger völlig irrelevant sind.

Geregelt oder gar vereinheitlicht hat diese EU-Richtlinie in Europa nichts. Die Speicherdauer ist mit sechs Monaten bis zwei Jahren mehr oder weniger freigegeben. Ein Multi wie T-Mobile

oder Vodafone wird in England Verbindungsdaten zwei Jahre lang für die Behörden speichern müssen, in Österreich vielleicht neun Monate, in Deutschland zwölf. Dazu wird pro Land völlig unterschiedlich entschädigt, oder auch gar nicht, denn nicht einmal das wurde normiert.

In Österreich haben die Auseinandersetzungen unmittelbar nach der Verabschiedung der Richtlinie am 14. Dezember 2005 begonnen. Während die Beamten des Innenministeriums eine Speicherpflicht von einem Jahr fordern, beharrt das Justizministerium auf dem Minimum von sechs Monaten. Die Justizministerin ist schon deshalb skeptisch, weil die Kosten der Speicherung/Überwachung in Österreich von der Justiz getragen werden müssen.

Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer gehen davon aus, dass sich die an Überwachungskosten zuletzt jährlich angefallenen sechs Mio. Euro vervielfachen werden. Auch Politiker aus vier Parteien, die Assoziation der Internet Service Provider (Ispa), Datenschützer, der Österreichische Journalistenclub (OEJC) und zahlreiche andere Organisationen haben vergeblich vor „Data Retention“ gewarnt.

Der Autor ist leitender Redakteur bei der *Futurezone.orf.at*.

Internationales Aufsehen erregten Moechels Berichte zur Telekommunikationsüberwachung („Enfopol-Papiere“).

## Karikatur der Woche



Woran man Netzwerkpiraten erkennt...

Zeichnung: Kilian Kada